

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Post-Konto: Stadtkass Dresden, Stralauer Platz Nr. 606
Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederponitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse- und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dreche für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Abonnementspreise: Einmalig 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf., halbjährlich 55 Pf., jährlich 100 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Anzeigen werden die 5-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Platzverboten und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Interaktionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabatanspruch erlischt: d. verpfl. Zahlung, Frage ob. Konturs d. Auftraggebers

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tostewitzer Str. 4
90. Jahrgang

Nr. 156

Freitag, den 6. Juli

1926

Eine beachtenswerte Mehrheit für die Reichsregierung

Noch eine Kanzler-Rede

Berlin, 6. Juli. Zu Beginn der Reichstags-Sitzung teilte Präsident Ebert mit, daß der Kabinettsrat beschlossen hat, alle zur politischen Aussprache gestellten Anträge, also auch den nationalsozialistischen „Vertrauensantrag“ für zulässig zu erklären.

In der fortgesetzten Aussprache nimmt sofort

Reichskanzler Müller

das Wort: Es ist das Wort „national“ vermieden worden. Die Erklärung dient der Förderung der Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft. Das Wort „deutsch“ muß genügen und bedarf nicht der Unterstreichung durch „national“. Schon Abgeordneter Breitscheid hat darauf hingewiesen, daß die Vorverhandlungen zur Regierungsbildung diesmal wesentlich kürzer waren als früher; allerdings hätte auch ich gewünscht, daß sie noch kürzer gewesen wären. Es ist auch deutlich genug gesagt worden, welcher Art die Regierung ist, denn es heißt in dem Programm, daß sie noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage beruht. Das heißt, es ist die feste Absicht vorhanden, die dazu notwendige Umgestaltung der Regierung alsbald vorzunehmen. Graf Westarp hat gesagt, der Ruf nach Verfassungsreform sei im deutschen Volke allgemein geworden. Es liege nicht im Interesse des Landes, wenn es so dargestellt werde, als wäre die Weimarer Verfassung etwas total Verfehltes gewesen.

Die Verfassung habe sich so bewährt, daß sie nicht so schlecht sein könne, wie sie oft gemacht werde. Es ist dann weiter gesagt worden, die Regierungserklärung sei schweigsam über die Programmforderungen der Partei gewesen. Parteiprogramme waren bei unseren Beratungen nicht zugrunde gelegt. In seiner außenpolitischen Kritik hat Graf Westarp eine klare Stellungnahme zu dem Problem vermehrt, das er als „Krisis der Völkervermittlung“ bezeichnet.

bezeichnet. Es handelt sich dabei um nichts anderes als die Räumung der besetzten Gebiete, und hier hat die Regierungserklärung klar und unzweideutig unseren Standpunkt klargestellt. Wir haben bestimmt betont, daß der bisherige Kurs in der Außenpolitik weiterverfolgt wird. Daraus ergibt sich von selbst, wie wir grundsätzlich zu allen Fragen stehen. Zum deutsch-polnischen Handelsvertrag wird das Kabinett in der nächsten Woche unter Zuglehne der bisherigen Unterhändler Stellung nehmen. Bezüglich des Panzerkreuzers A

verweist der Kanzler auf die von der vorigen Regierung akzeptierte Reichsratsentscheidung, wonach vor dem 1. September nochmals geprüft werden soll, ob nicht wegen mangelnden Gleichgewichts im Haushalt eine Einschränkung der Ausgaben nötig sei und der Weiterbau des Panzerkreuzers vorläufig eingestellt werden muß. Es besteht kein Zweifel, daß jede Reichsregierung gewillt sein müsse, ein der Verfassung entsprechendes Schulerk vorzulegen. Der Kanzler erklärt zum Schluß, die Regierung bitte, ihr genügend Zeit zu geben, um an die Bewältigung der in der Regierungserklärung formulierten Aufgaben heranzugehen.

Abgeordneter Dr. Oberfohren (Dnat.) erklärt, von allen Verlegenheiten sei die stärkste wohl die gewesen, daß der Reichskanzler behauptet habe, diese Regierung stünde nunmehr auf festem Grunde. Die Mittelparteien sollten sich nicht darauf verlassen, daß die Deutschnationalen bei etwaigen Schwierigkeiten ihnen gegen die Sozialdemokraten beistünden würden. Der Redner bespricht dann Steuerfragen und warnt vor Steuererhöhungen.

Reichsfinanzminister Dr. Hilsenring erklärt, eine sachliche Antwort auf die Angriffe des Redners erübrige sich, da diese Angriffe in der Hauptsache gegen die vorige Regierung gerichtet seien. Der Minister wendet sich dann gegen die deutsch-nationale Behauptung, daß Hilsenring die neue Währung gemacht habe. So wie er damals an der Stabilisierung der Währung und an der

Herstellung des Gleichgewichts des Budgets gearbeitet habe, so sehe er jetzt seine wichtigste Aufgabe darin, das Gleichgewicht des Budgets aufrecht zu erhalten. Während der Rede machten die Kommunisten wiederholt stürmische Zwischenrufe, die den Präsidenten Ebert zu zahlreichen Ordnungsrufen an kommunistische Abgeordnete veranlaßten.

Abgeordneter Stöcker (Komm.) wirft dem Reichsfinanzminister vor, daß er sich heute als Beschützer und Retter der kapitalistischen Finanzwirtschaft vorstelle.

Weiter nahmen in der Aussprache noch das Wort die Abgeordneten Straßer (Kafog), Alpers (Dt. Hann.) und Hildebrand (Dt. Bauern-P.). Bei den Ausführungen des Abgeordneten Straßer kam es zu einem

Zwischenfall

Als der Redner den Reichsfinanzminister Dr. Hilsenring einen in Ökonomie geborenen negativen Juden nannte, erhob sich bei den Sozialdemokraten ein Entrüstungssturm. Präsident Ebert erklärte, daß es sich hier um eine unangemessene Beschimpfung eines Kabinettsmitgliedes handele und schloß den Abgeordneten Straßer von der weiteren Sitzung aus.

Billigungsformel angenommen

Dann wurde über die Billigungsformel abgestimmt, die die hinter der Regierung stehenden Parteien vorgelegt hatten. Die Formel, die die Regierungserklärung billigt und die Abstimmung über alle übrigen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung ausschließt, wurde von 261 Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten gegen 134 Stimmen bei 28 Enthaltungen angenommen.

Dagegen haben gestimmt Kommunisten, Deutschnationalen, Rationalsozialisten, Christlich-nationale Bauernpartei und Deutschbannoveneren. Stimmenthaltung übten 28 Abgeordnete der Wirtschaftspartei und der Deutschen Bauernpartei.

Damit waren alle weiteren Vertrauens- und Mißtrauensanträge erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr: Kleine Vorlagen, Nationalfeiertag, Straßengebüch.

Die Vorsitzenden der Reichstagsausschüsse

Die neu konstituierten Reichstagsausschüsse wählten folgende Abgeordnete zu ihren Vorsitzenden: Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksovertretung den Abgeordneten Henke (Soz.), der Auswärtige Ausschuss den Abgeordneten Dr. Breitscheid (Soz.), der Geschäftsordnungsausschuss den Abgeordneten Graef-Thüringen (Dnat.) der Ausschuss für Petitionen den Abgeordneten Schulz-Königsberg (Soz.), der Steueraus-schuss den Abgeordneten Oberfohren (Dnat.), der Volkswirtschaftliche Ausschuss den Abgeordneten Simon-Frank, (Soz.), der Soziale Ausschuss den Abgeordneten Eiler (Ztr.), der Ausschuss für Bevölkerungspolitik den Abgeordneten Pechold (Wirt.-Part.), der Wohnungsausschuss den Abgeordneten Höllein (Komm.), der Bildungsausschuss den Abgeordneten Schred (Soz.), der Verkehrausschuss den Abgeordneten Giesberts (Ztr.) und der Kriegsbeschädigtenausschuss den Abgeordneten Jiegler (Dem.)

Amnestiefrage geklärt

Berlin, 6. Juli. Bei der Aussprache über die Amnestiefrage ist im wesentlichen eine Einigung herbeigeführt worden.

Die vorgegebene Amnestie soll einen Schlusstrich unter die Ereignisse der Inflationszeit und der erregten Jahre nach der Revolution setzen. Für die sogenannten Fremdmörder kommt eine Ermäßigung der Strafe in Frage.

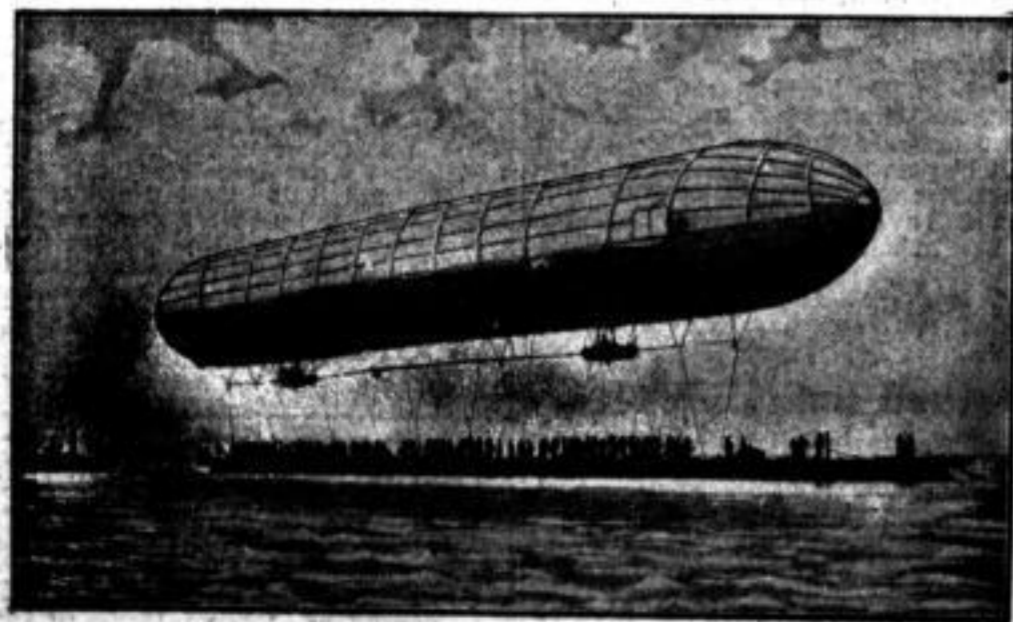
Das Geles über den Nationalfeiertag

Dem Reichstage ist jetzt der vom Reichsrat bereits beschlossene Entwurf eines Gesetzes über den Nationalfeiertag zugegangen. Er trägt die Unterschrift des neuen Reichsinnenministers Severing und steht auf der Tagesordnung der Dienstag-Sitzung des Reichstages. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

§ 1: Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag. Er ist Feiertag oder allgemeiner Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften.

§ 2: Am Nationalfeiertage sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsstädten zu besetzen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten. Fällt der Nationalfeiertag in die Schulfreien, so finden diese Gedenkfeiern bei Schluß oder Wiederbeginn des Unterrichts statt.

Zu Graf Zeppelins 90. Geburtstag am 8. Juli



Die erste Stufe!
Zeppelins erstes Luftschiff auf dem Bodensee.



Ein Rückschlag
Die Katastrophe bei Weiburg.